

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Caren Lay, Heidrun Bluhm,
Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/2959 –**

Wohnungsverkäufe aus Bundesbesitz

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Antworten des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) auf die Schriftlichen Fragen 15 und 16 auf Bundestagsdrucksache 18/886 und 53 bis 56 auf Bundestagsdrucksache 18/815 der Abgeordneten Caren Lay nach Verkaufszahlen und Verkaufserlösen von Wohnungen aus Bundesbesitz fiel mit Verweis auf nicht zur Verfügung stehende Zeit und datenschutzrechtliche Belange knapp und nicht zufriedenstellend aus. Sie stimmt zudem nicht mit Presseberichten (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 15. Dezember 2000, Berliner Zeitung vom 16. Juli 2004, FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 27. Juli 2007, DER SPIEGEL vom 21. Januar 2013) überein. Mit Verweis auf ein umfassendes Informationsrecht der Abgeordneten und die umfassende Auskunftspflicht der Bundesregierung bitten die Fragesteller um umfassende Antworten auf die folgenden Fragen.

1. Welche datenschutzrechtlichen Belange waren bei der Beantwortung der in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten Schriftlichen Fragen zu berücksichtigen, und waren diese so schwerwiegend, dass sie das öffentliche Interesse an einer Beantwortung der Schriftlichen Fragen überwogen?

Auf welche Datenschutzvorschriften beruft sich hierbei die Bundesregierung?

Bei der Beantwortung der Schriftlichen Fragen zum Verkauf von Wohnungen aus Bundesbesitz war das im Grundstücksverkehr geschäftsübliche Interesse am Vertrauensschutz und damit einhergehend das durch Artikel 12 des Grundgesetzes (GG) geschützte Recht auf Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Kaufvertragspartner zu berücksichtigen (BVerfGE 115, 205 [229]). Die Veröffentlichung eines Grundstücksgeschäfts kann Rückschlüsse auf geschäftliche Absichten oder die wirtschaftliche Situation eines Erwerbers zulassen, an deren Geheimhaltung dieser ein legitimes Interesse hat. Bei der Veräußerung von Liegenschaften handeln die betreffenden Institutionen des Bundes, wie z. B. die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt), sowie ihre Vertrags-

partner nach kaufmännischen Grundsätzen. Vor diesem Hintergrund müssen auch die unter Kaufleuten üblichen Regeln und Gebräuche respektiert werden. Dazu zählt u. a. die Bewahrung von Stillschweigen über die in Kaufverträgen getroffenen Vereinbarungen (z. B. Höhe der Kaufpreise). Unabhängig von der Frage der Berechtigung der Bundesanstalt, sich auf Grundrechte und damit den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu berufen, gibt es daneben legitime Geheimhaltungsinteressen auch öffentlich-rechtlicher Körperschaften, wenn sie wie Private als Wettbewerber am Rechtsverkehr teilnehmen.

Weiterhin ist grundsätzlich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Erwerber zu berücksichtigen (vgl. BVerfGE 65, 1 [41 f.]). Danach kann der Betroffene grundsätzlich selbst darüber entscheiden, wem er welche persönlichen Informationen bekannt gibt.

Informationen über fiskalische Rechtsgeschäfte unterliegen also – zumindest im Hinblick auf die beteiligten Erwerber, seien es Privatpersonen oder gewerblich Handelnde – auch dem Schutz der informationellen Selbstbestimmung sowie dem Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Diese schutzwürdigen Interessen sind mit dem parlamentarischen Auskunftsrecht in einen Ausgleich zu bringen.

Aufgrund der Vielzahl der abgeschlossenen Kaufverträge war die Einholung der erforderlichen Einwilligungen seinerzeit in der Kürze der zur Beantwortung der Schriftlichen Fragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 4 und 5 verwiesen.

2. Wenn in öffentlich zugänglichen Publikationen und in Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften Namen von Verkäufern und Käufern erwähnt werden, sieht sich die Bundesregierung bei einer Antwort zum gleichen Sachverhalt auch dann zum Verschweigen des Namens des Verkäufers genötigt?

Die Bundesregierung ist verfassungsrechtlich verpflichtet, die Grundrechte Dritter zu wahren. Dies umfasst auch die von Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 1 GG, im Übrigen nach Artikel 2 Absatz 1 GG geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Dies gilt ungeachtet dessen, dass in den Medien über etwaige Vertragsbestandteile berichtet wird. Das Bundesverfassungsgericht hat erst im Oktober 2014 festgestellt, dass die Geheimhaltungsbedürftigkeit nicht dadurch erlischt, dass Dritte öffentlich über den Gegenstand berichten, da die Regierung anderenfalls durch öffentliche Spekulationen zu Stellungnahmen gezwungen werden könnte (BVerfG, Urteil vom 21. Oktober 2014, 2 BvE 5/11, Rn. 215). Die Ausführungen zu Frage 1 gelten entsprechend.

3. Welche Bundesbehörden bzw. diesen Behörden unterstellte und nachgeordnete Institutionen, Unternehmen usw. (insbesondere Bundesbahn, Bundespost, Bundesversicherungsanstalt, u. a.) verfügten oder verfügen seit dem Jahr 1994 über Wohnungen und über für zum Wohnen geeignete Liegenschaften?

In der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland wurde ein Bestand an Mietwohnungen bzw. geförderten Wohnungen in allen vorhandenen Gebietskörperschaften aufgebaut, so auch auf Ebene des Bundes. Allerdings waren diese Aktivitäten des Bundes nicht zentral, sondern dezentral organisiert. Vor dem Hintergrund dieser dezentral angelegten Struktur wurde folglich keine Gesamtstatistik der jeweils vorhandenen Wohnungsbestände einschließlich späterer Verkäufe geführt. Erschwerend kommt hinzu, dass der nunmehr bis zu 20 Jahre zurückreichende Zeitraum von Privatisierungen und erheblichen Um-

strukturierungen (z. B. Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn, Deutsche Bundespost) geprägt ist.

Im Zuge der Erarbeitung der Antworten auf die vorliegende Kleine Anfrage war es daher erforderlich, eine Abfrage bei den Bundesressorts und dort wiederum auch in deren nachgeordneten Behörden sowie bei der Deutschen Bundesbank durchzuführen. Alle dabei ermittelten Informationen sind eingeflossen. Weitere Erkenntnisse liegen dem Bundesministerium der Finanzen nicht vor.

Entsprechend den Ergebnissen der Abfrage verfügten oder verfügen folgende Institutionen seit dem Jahr 1994 über nennenswerte Wohnungsbestände zu Vermietungszwecken:

- Bundesvermögensverwaltung (BVV, 1994 bis 2004)
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt, ab 2005)
- Bundeseisenbahnvermögen (BEV)
- Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)/jetzt Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV)
- Bundesknappschaft/jetzt Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn See (DRV KBS)
- Deutsche Bundesbank
- Wismut GmbH.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass Bundesbehörden, die über Wohnungen und über für Wohnen geeignete Immobilien verfügten, diese in der Vergangenheit vollständig dem allgemeinen Grundvermögen des Bundes bzw. der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zugeführt haben. Etwaige Veräußerungen erfolgten durch die örtlich zuständige Stelle der Bundesvermögensverwaltung bzw. später durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

4. Wie viele Wohnungen aus Frage 3 wurden in den Jahren 1994 bis 2013 an wen verkauft (bitte nach Jahren aufschlüsseln und die zehn größten Käufer gemessen an der Zahl der erworbenen Wohnungen auflisten)?*
5. Wie hoch ist die Verkaufssumme der verkauften Wohnungen in den Jahren 1994 bis 2013 (bitte nach Jahren sowie nach Verkauf durch die jeweilige Bundesbehörde aufschlüsseln)?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Hinsichtlich der Erkenntnisquellen gelten die grundsätzlichen Ausführungen in der Antwort zu Frage 3.

* Auf die ergänzende Antwort vom 4. Mai 2015 auf Bundestagsdrucksache 18/4960 wird verwiesen.

Anzahl der verkauften Wohnungen

Im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2013 sind aus der Zusammenfassung der vorhandenen Daten 352 667 Wohnungen veräußert worden. Diese verteilen sich auf die Jahre und die oben genannte Institutionen wie folgt:

Jahr	Anzahl verkaufter Wohnungen				
	BVV/ Bundesanstalt	BEV	BfA/DRV (GAGFAH) DRV KBS	Deutsche Bundesbank (Wohnungen aus Wohngebäuden)	Wismut GmbH
1994	14 428	250	8		
1995	12 716	359	1		44
1996	15 023	1 948			5
1997	18 046	1 741			
1998	11 277	1 894	26		18
1999	6 952	2 764	40		1
2000	7 108	1 414 112 963 (Privatisierung)			
2001	7 951	1 184			
2002	5 553	1 112			
2003	2 405	894		28	53
2004	6 098	1 086	80 000 (Privatisierung)	54	
2005	6 000	923	1	175	1
2006	4 259	1 164	1	868	4
2007	3 325	734		221	
2008	1 534	539		246	2
2009	3 490	498		73	
2010	3 501	384	34	61	24
2011	3 543	379		24	188
2012	1 539	649		13	
2013	2 340	410		76	
Gesamt	137 088	133 289	80 111	1 839	340

Zu der Tabelle ist Folgendes zu bemerken:

Bundeseisenbahnvermögen

Das BEV hat in den Jahren 1999 und 2000 knapp 94,9 Prozent seiner Geschäftsanteile an 18 Eisenbahnwohnungsbaugesellschaften (EWG), die Restkaufpreisforderungen des BEV gegenüber den EWG sowie Wohnungsbestände in den neuen Bundesländern im Rahmen der Privatisierung der EWG veräußert. Hierbei wurden auch Erbbaugrundstücke mitveräußert. Eine nachträgliche Aufschlüsselung der Daten in der gewünschten Form ist nicht möglich, da diese

Daten nicht separat erfasst wurden. Insgesamt wurden 112 963 Wohneinheiten veräußert. Der Kaufpreis betrug insgesamt 2 593 783 713 Euro.

Die Käufer im Rahmen der Privatisierung der EWG sind seinerzeit veröffentlicht worden. Sie sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Käufer	Gesellschaft	Wohneinheiten
Nord LB Immobilien GmbH	EWG Hamburg (8 864 WE); Hannover (9 121 WE), Treuhandbestand Mecklenburg-Vorpommern (1 820 WE)	19 805
LEG Baden-Württemberg	EWG Stuttgart (6 492 WE)	6 492
LEG NRW	EWG Münster (3 871 WE)	3 871
LEG Saar	EWG Saarbrücken (2 253 WE)	2 253
THS GmbH	EWG Herne (6 075 WE)	6 075
WCM Beteiligungs- und Grundbesitz AG	EWG Wuppertal (4 166 WE)	4 166
Investorengruppe Praijs, Drimmer, Baum und Pielen	EWG Berlin (2 785 WE) Treuhandbestände Brandenburg (3 760 WE)	6 545
Deutsche Annington	EWG München (5 431 WE), Nürnberg (3 583 WE), Augsburg (2 024 WE), Regensburg (3 273 WE), Karlsruhe (5 646 WE), Frankfurt (6 616 WE), Mainz (4 388 WE), Köln (8 088 WE), Essen (8 954 WE), Kassel (3 461 WE) Treuhandbestände Sachsen (8 888 WE), Treuhandbestände Sachsen-Anhalt (1 711 WE), Treuhandbestände Thüringen (1 693 WE)	63 756
Gesamt		112 963

BfA/GAGFAH

Die damalige Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hat im Jahr 2004 ihre Aktienbeteiligung in Höhe von 99,87 Prozent an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) an die international tätige Fondsgesellschaft Fortress Investment Group LLC verkauft. Die GAGFAH verfügte zum Verkaufszeitpunkt über rund 80 000 eigene Wohnungen und verwaltete – einschließlich der Wohnungsverwaltung für Dritte – insgesamt rund 110 000 Wohnungen. Die Einnahme der damaligen Bundesversicherungsanstalt für Angestellte aus der Veräußerung der Aktienbeteiligung an der GAGFAH betrug 2 123 Mio. Euro.

Deutsche Bundesbank

Bei der Deutschen Bundesbank werden die Daten erst ab dem Jahr 2003 zentral erfasst; zuvor wurden die Daten dezentral bei den ehemaligen Landeszentralbanken nach uneinheitlichen Kriterien erfasst. Detaillierte Angaben liegen auch nur für verkaufte Wohnungen aus Wohngebäuden vor. Darüber hinaus hat die Deutsche Bundesbank im Zeitraum 1. Juli 2003 bis 31. Dezember 2013 weitere

506 Wohnungen aus Dienstgebäuden verkauft. Eine Aufschlüsselung, welcher Anteil der insgesamt erzielten Erlöse aus dem Verkauf dieser Wohnungen resultiert, liegt nicht vor.

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Nach Erteilung der Einwilligung durch den Käufer werden die zehn größten Käufer entsprechend nachgemeldet.

TLG Wohnen GmbH

Über die Angaben in der Tabelle hinaus sind die Geschäftsanteile an der TLG WOHNEN GmbH Ende des Jahres 2012 an zwei Gesellschaften aus dem Konzernverbund der TAG Immobilien AG veräußert worden. Die TLG WOHNEN GmbH verfügte zu diesem Zeitpunkt über rund 11 350 Wohnungen. Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft betrug der an den Bund gezahlte endgültige Kaufpreis rund 220 Mio. Euro. Im Übrigen wird hinsichtlich der TLG Wohnen GmbH auf die Antworten zu den Fragen 17 bis 23 verwiesen.

Verkaufserlöse

Zu den Summen der Verkaufserlöse sind die Angaben für den Zeitraum der Jahre von 1994 bis 2004 für die damalige Bundesvermögensverwaltung (BVV) nicht verfügbar, da diese Daten zusammengefasst nicht vorgehalten wurden. Beim Bundeseisenbahnvermögen beruhen die Angaben für diesen Zeitraum auf einer Statistik, die sowohl Verkäufe des BEV als auch Verkäufe der Deutsche Bahn AG (für das BEV) beinhalten. Eine Aufschlüsselung dieser Daten ist nicht möglich, da sie nicht separat erfasst wurden. Auch bei der Deutschen Bundesbank werden die Daten – wie oben dargelegt – erst ab dem Jahr 2013 zentral erfasst.

Unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten wurden im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2013 Verkaufserlöse in Höhe von 7 796 Mio. Euro erzielt, die sich wie folgt aufgliedern:

Jahr	Summe der Verkaufserlöse – Mio. Euro –				
	Bundesanstalt	BEV	BfA/DRV (GAGFAH) DRV KBS	Deutsche Bundesbank (Wohnungen aus Wohngebäuden)	Wismut GmbH
1994		17	0,6		
1995		19	0,4		0,4
1996		74			0,1
1997		62			
1998		70	1,4		0,4
1999		73	1,4		0,1
2000		47 2 594 (Privatisierung)			
2001		39			
2002		30			

Jahr	Summe der Verkaufserlöse – Mio. Euro –				
	Bundesanstalt	BEV	BfA/DRV (GAGFAH) DRV KBS	Deutsche Bundesbank (Wohnungen aus Wohngebäuden)	Wismut GmbH
2003		27		6	0,6
2004		29	2 123 (Privatisierung)	7	
2005	520	26	0,3	23	0,1
2006	370	31	0,3	106	
2007	290	15		21	
2008	130	13		22	0,6
2009	190	11		9	
2010	200	15	2,5	9	0,2
2011	190	14		3	4,5
2012	130	43		3	
2013	157	9		15	
Gesamt	2 177	3 258	2 130	224	7,0

6. Bestätigt die Bundesregierung die Antwort des BMF auf die in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten Schriftlichen Fragen, dass die Erhebung statistischer Daten in Bundeseinrichtungen bzw. derer Nachfolgeorganisationen uneinheitlich und lückenhaft ist?

In den grundsätzlichen Bemerkungen der Antwort zu Frage 3 und in der Antwort zu Frage 9 wird der Hintergrund der seinerzeit erteilten Antwort ausführlich erläutert.

7. Aus welchen Gründen kann das BMF keine Auskünfte zum Verkauf von 114 000 Eisenbahnerwohnungen an ein privates Bieterkonsortium geben?

Die erbetenen Auskünfte zu den Eisenbahnwohnungsbaugesellschaften einschließlich der Nennung der Erwerber sind in der Antwort zu den Fragen 4 und 5 enthalten.

8. Ist es zutreffend, dass sich die Verkäufe von Wohnungen aus dem Bundeseisenbahnvermögen im Jahr 2001 bereits im Jahr 2014 nicht mehr nachvollziehen lassen und eine Trennung der Erlöse aus verschiedenen Verkäufen in der dortigen Behörde nicht mehr möglich ist?

Beim Bundeseisenbahnvermögen fließen die Daten aus Verkäufen zu Wohnungen (und Grundstücken, die zu Wohnzwecken dienen können) in eine Statistik ein, die summierend die Anzahl der Kaufverträge, der verkauften Wohneinheiten und die Verkaufspreise jahresweise erfasst. Die jeweiligen Einzelverkäufe werden weder mit Käufernamen, Stückzahl der verkauften Wohnungen noch Kaufpreis separat statistisch erfasst, da diese Angaben für das BEV keinen statistischen Nutzen haben.

9. Welche Nachweispflicht und Datenspeicherungspflicht bestehen für die hier angefragten Vorgänge innerhalb von Bundesbehörden?
10. Sieht die Bundesregierung bezüglich der Nachweis- und Datenspeicherungspflicht Verbesserungsbedarf in ihren Behörden hinsichtlich einheitlicher Kriterien und Fristen für die hier angefragten Vorgänge?

Die Fragen 9 und 10 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Aufbewahrungspflichten richten sich im Allgemeinen nach dem Regelwerk der jeweiligen Bundesbehörden und ihrer Geschäftsbereiche (z. B. die Aufbewahrungsbestimmung für die Finanzverwaltung). Gründe, die eine Vereinheitlichung als zwingend notwendig erscheinen lassen, sind derzeit nicht ersichtlich.

11. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, auf welche Quellen sich das Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ (Ausgabe vom 21. Januar 2013, Sven Becker, „Zum Höchstgebot“) beziehen kann,
 - a) wenn ihm zufolge im Zeitraum 1999 bis 2004 nicht 116 213 (Antwort des BMF), sondern ca. 194 000 Wohnungen aus Bundesbesitz verkauft wurden,
 - b) wenn dem Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ zufolge von 2005 bis 2010 nicht 24 149 (Antwort des BMF), sondern ca. 93 700 Wohnungen aus Bundesbesitz verkauft wurden?

Die Bundesregierung hat hierzu keine Erkenntnisse.

12. Wie viele Wohnungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sind in den Jahren 2000 bis 2013 an wen und wo verkauft worden (bitte jahresweise aufschlüsseln)?

Für die Jahre 2000 bis 2007 können keine Angaben gemacht werden, da diese Daten bei der Bundesanstalt statistisch nicht erfasst sind. Die Anzahl der Verkaufsfälle und der verkauften Wohnungen für den Zeitraum der Jahre von 2008 bis 2013 in den einzelnen Gemeinden sind der beigefügten Aufstellung zu entnehmen. Erst ab dem Jahr 2013 wurde statistisch erfasst, ob es sich bei dem Käufer um eine Gebietskörperschaft, eine von dieser getragene Gesellschaft oder eine Privatperson bzw. private Gesellschaft handelt (vgl. Anlage 1).

13. Wie haben sich die Preise je Quadratmeter Wohnfläche der Wohnungverkäufe aus Bundesbesitz in den letzten 15 Jahren entwickelt (bitte nach Jahren auflisten)?

Eine derartige Statistik liegt nicht vor und lässt sich anhand vorhandener Unterlagen auch nicht herleiten. Im Übrigen wäre sie aus einer Reihe von Gründen nicht aussagekräftig. Beispielfhaft sei erwähnt, dass der Bund regelmäßig auch Gesellschaftsanteile an Wohnungsunternehmen veräußert hat und bei letzteren demzufolge nicht allein die übertragenen Wohnungsbestände preisbildend waren. Für die Veräußerung von reinen Wohnungsbeständen gilt, dass die erzielten Preise von verschiedenen Einflussfaktoren (Lage, qualitativer Zustand, Baujahr, Größe etc.) abhängig sind. Die bei unterschiedlichen Transaktionen erzielten Preise wären folglich weder zu gleichen Betrachtungszeitpunkten noch im Zeitverlauf miteinander vergleichbar.

14. Wie viele Wohnungen befinden sich heute noch wo im Bundesbesitz bzw. im Besitz von Bundeseinrichtungen bzw. derer Nachfolgeorganisationen (bitte nach Art der Bundeseinrichtung und der Nachfolgeorganisation aufschlüsseln)?

Aktuell befinden sich folgende Wohnungsbestände im Eigentum des Bundes:

Institution	Anzahl Wohneinheiten
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	38 661
Bundeseisenbahnvermögen	3 931
Deutsche Bundesbank	2 491
Deutsche Rentenversicherung Bund	647

Der Wohnungsbestand der Deutschen Rentenversicherung Bund befindet sich in Berlin. Die Bestände der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Deutschen Bundesbank sind in der Anlage 2 regional aufgeschlüsselt. Für den Bestand des Bundeseisenbahnvermögens liegt keine regionale Aufgliederung vor.

15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Bestand von Wohnungen, die im Besitz der Mitgliedstaaten der EU im Zeitraum von 1994 bis 2013 waren (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Die folgende Tabelle stellt den Anteil der Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand am gesamten Wohnungsbestand in den jeweiligen Mitgliedstaaten der EU für das Jahr 2009 dar. Für die fehlenden Länder (Bulgarien, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Zypern) liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor.

Land	Anteil der öffentlichen Wohnungen am Wohnungsbestand in % 2009
Deu	8,0
Cze	20,0
Dnk	21,0
Swe	21,0
Fra	18,0
Nld	35,0
Aut	21,0
Fin	16,0
Pol	11,5
Bel	7,0
Gbr	17,0
Lux	2,4
Ita	5,2
Prt	2,5
Irl	10,6

Land	Anteil der öffentlichen Wohnungen am Wohnungsbestand in % 2009
Esp	0,0
Grc	0,0
Hun	3,2
Svn	4,0
Svk	0,0
Est	4,0

Quelle: Andrews, D., A. Caldera Sánchez and Å. Johansson (2011), „Housing Markets and Structural Policies in OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers, No. 836, OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/5kgk8t2k9vf3-en>.

Über diese Tabelle hinaus hat die Bundesregierung keine Erkenntnisse.

16. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Bestand von Wohnungen, die im Besitz von Landes- und Kommunaleinrichtungen waren?

Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 wurde ermittelt, dass sich in Deutschland 2,59 Millionen Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. Davon entfallen 2,29 Millionen Wohnungen auf Kommunen und kommunale Wohnungsunternehmen und 300 000 Wohnungen auf Bund und Länder. Zu den kommunalen Wohnungsbeständen hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ein Forschungsvorhaben durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Forschungen Heft 145 („Strategien der Kommunen für ihre kommunalen Wohnungsbestände – Ergebnisse einer Kommunalbefragung“) und Heft 151 („Strategien der Kommunen für ihre kommunalen Bestände – Ergebnisse der Fallstudien und Gesamtergebnis“) veröffentlicht. Im Jahr 2012 hat das BBSR eine weitere Befragung vorgenommen, um die Ergebnisse der vorangegangenen Befragung zu aktualisieren und zu vertiefen. Die Ergebnisse sind bislang veröffentlicht worden.

17. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Erwerberin des ehemals bundeseigenen Immobilienunternehmens (TLG Wohnen GmbH), die TAG Immobilien Aktiengesellschaft, die vom Bund erworbenen Wohnungen aktuell zu fast dem doppelten des Erwerbspreises weiter zu verkaufen beabsichtigt (vgl. Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der TAG Immobilien AG, Rolf Elgeti, im Handelsblatt vom 18. September 2014)?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, ob Wohnungsbestände der ehemaligen TLG Wohnen GmbH zum Verkauf stehen. Dementsprechend hat die Bundesregierung auch keine Kenntnis von etwaigen Kaufpreisvorstellungen des Veräußerers. Dem erwähnten Interview des zum 31. Oktober 2014 ausgeschiedenen Vorstandsvorsitzenden der TAG Immobilien AG, Rolf Elgeti, im „Handelsblatt“ vom 18. September 2014 lässt sich lediglich entnehmen, dass die TAG Immobilien AG darüber nachdenke, Plattenbauten in Ostdeutschland zu verkaufen. Deutlich mehr als die Hälfte der über 70 000 Wohnungen der TAG Immobilien AG befinden sich in Ostdeutschland. Allein rund 25 000 Wohnungen in den ostdeutschen Bundesländern stammen aus dem Kauf der DKB Immobilien. Neben den rund 11 350 Wohnungen der ehemaligen TLG Wohnen GmbH hat die TAG Immobilien AG zudem in mehreren Schritten weitere Wohnungsportfolios in Ostdeutschland erworben. Ob von einem etwaigen Verkauf von Wohnungsbe-

ständen in Ostdeutschland auch Wohnungen der ehemaligen TLG Wohnen GmbH betroffen wären, lässt sich dem Interview nicht entnehmen.

18. Hat die Bundesregierung im Kaufvertrag über die TLG Wohnen GmbH der Erwerberin die Pflicht zur Bestandshaltung (Haltefrist) auferlegt?

Für die Auferlegung einer Haltefrist bestand keine Notwendigkeit, weil den schutzbedürftigen Interessen der Wohnungsmieter und Mitarbeiter der TLG Wohnen GmbH unabhängig von der Haltedauer der Erwerberin Rechnung getragen worden ist (vgl. insoweit die Antworten zu den Fragen 21 und 23). Die Bundesrepublik Deutschland war zudem aus rechtlichen Gründen daran gehindert, der Erwerberin der TLG Wohnen GmbH eine Haltefrist aufzuerlegen. Um eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfe nach Artikel 107 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) auszuschließen, wurde der Käufer der TLG Wohnen GmbH im Einklang mit der ständigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und des Gerichts der Europäischen Union sowie der ständigen Verwaltungspraxis der Europäischen Kommission im Rahmen eines offenen, transparenten und bedingungslosen Bieterverfahrens ermittelt. Hätte die Bundesrepublik Deutschland den Verkauf der TLG Wohnen GmbH von einer Haltefrist abhängig gemacht, wäre das Bieterverfahren nicht bedingungslos erfolgt. Ausweislich des Leitfadens der Europäischen Kommission zur beihilfekonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen vom 10. Februar 2012 gilt eine Ausschreibung nur dann als bedingungslos, wenn sie zu denselben Konditionen erfolgt, zu denen ein privater Marktteilnehmer sein Unternehmen veräußert hätte. Ein marktwirtschaftlich handelnder Verkäufer würde sein Unternehmen normalerweise zum höchstmöglichen Preis und ohne Bedingungen, die den Preis einträchtigen könnten, verkaufen. Wenn eine Ausschreibung künstlich die Zahl der potenziellen Interessenten beschränkt, die Veräußerung zugunsten eines bestimmten Interessenten lenkt oder bestimmte Geschäftsstrategien bevorzugt, gilt sie nicht als bedingungslos. Dasselbe gilt bei einer Bedingung, aufgrund derer ein potenzieller Bieter, der eine andere Geschäftsstrategie verfolgen möchte, praktisch keine Chance hätte, den Zuschlag zu erhalten. Privatisierungen müssen daher so gestaltet sein, dass alle potenziellen Käufer in der Lage sind, die vom Verkäufer auferlegten Bedingungen zu erfüllen. Ferner dürfen diese Bedingungen nicht zu einem niedrigeren Verkaufspreis führen.

19. Hat die Bundesregierung im Kaufvertrag über die TLG Wohnen GmbH mit der TAG Immobilien Aktiengesellschaft für den Fall des Weiterverkaufs eine Gewinnabführungsklausel festgeschrieben?

Wenn ja, wie ist diese ausformuliert, und welche Sanktionen sind bei Verstößen vorgesehen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat weder mit der TAG Immobilien Aktiengesellschaft noch mit anderen Bietern für den Fall eines höheren Erlöses aus einem Weiterverkauf eine Gewinnabführungsklausel festgeschrieben. Dies wäre weder durchsetzbar noch wirtschaftlich sinnvoll gewesen. Hätte die Bundesregierung den Verkauf von der Vereinbarung einer Gewinnabführungsklausel abhängig gemacht, hätte sie die Erfolgchancen der Privatisierung erheblich verschlechtert (bis hin zu einem möglichen Abbruch des Privatisierungsverfahrens).

Darüber hinaus wäre die Vereinbarung einer Gewinnabführungsklausel mit dem Risiko eines Verstoßes gegen das Verbot der Gewährung von Beihilfen gemäß Artikel 107 Absatz 1 AEUV verbunden gewesen. Da eine Gewinnabführungs-

klausel solche Bieter bevorzugt hätte, deren Geschäftsmodell nicht auf eine Gewinnerzielung aus der Weiterveräußerung ausgerichtet gewesen ist, muss aus den aus der Antwort zu Frage 18 bereits dargelegten Gründen davon ausgegangen werden, dass eine Gewinnabführungsklausel eine unzulässige Bedingung dargestellt hätte.

20. Ist in dem Kaufvertrag mit der TAG Immobilien Aktiengesellschaft über die TLG Wohnen GmbH eine Rückfallklausel bei Vertragsverletzungen vorgesehen?

Wenn ja, wie ist diese ausformuliert?

Wenn nein, warum nicht?

Der Kaufvertrag berechtigte den Verkäufer bei bestimmten, besonders schwerwiegenden Vertragsverletzungen (wie der Nichtzahlung des Barkaufpreises innerhalb bestimmter Fristen oder der Untersagung des Erwerbs durch das Bundeskartellamt) zum Rücktritt. Die Folge eines Rücktritts wäre der Rückfall der ehemaligen TLG Wohnen GmbH an den Bund. Nachdem der Kaufvertrag ordnungsgemäß vollzogen worden ist, bestehen jedoch keine Rücktrittsgründe. Sollte der Käufer gegen andere Bestimmungen des Vertrages verstoßen, wird die Bundesrepublik Deutschland jedoch entsprechende Sanktionsmöglichkeiten (wie insbesondere Vertragsstrafen und Schadenersatzansprüche) nutzen, um den Käufer dazu zu bewegen, sich vertragskonform zu verhalten. So ziehen etwa Verstöße gegen die Sozialcharta hohe Vertragsstrafen nach sich.

21. Hat die Bundesregierung in dem Kaufvertrag über die TLG Wohnen GmbH Sicherungsabreden über den Fortbestand der Sozialcharta für die Mieterinnen und Mieter der ehemaligen TLG-Wohnungen festgeschrieben?

Wenn ja, wie ist der Mieterschutz auch beim Weiterverkauf der Wohnungen durch die TAG Immobilien Aktiengesellschaft gewährleistet?

Auch im Falle eines Weiterverkaufs der Gesellschaftsanteile an der ehemaligen TLG Wohnen GmbH oder einzelner ihrer Wohnungsbestände bleiben die Mieterinnen und Mieter bestmöglich geschützt. Alle die Mieter individuell schützenden Regelungen der Sozialcharta sind Bestandteil der einzelnen Mietverträge geworden, so dass ein neuer Gesellschafter oder Eigentümer nach § 566 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs („Kauf bricht nicht Miete“) hieran in gleicher Weise gebunden ist wie der derzeitige.

Der Erwerber der TLG Wohnen GmbH hat sich Ende 2012 zudem vertraglich dazu verpflichtet, bei einem Weiterverkauf von vermieteten Wohnungen die Fortgeltung der Sozialcharta zu vereinbaren. Der Kaufvertrag stellt überdies sicher, dass die Sozialcharta auch dann weiter gilt, wenn sich der Gesellschafterkreis der TAG Immobilien AG oder die Kontrolle über das Unternehmen ändern sollten. Auf diese Weise wird eine Umgehung der Sozialcharta durch gesellschaftsrechtliche Gestaltungen verhindert. In den genannten Fällen muss der neue Gesellschafter sämtlichen Regelungen der Sozialcharta beitreten. Die Rechtsfolge eines Schuldbeitritts ist, dass der neue Gesellschafter dem Bund gegenüber in derselben Weise haftet wie die TAG Immobilien AG. Durch Vertragsstrafen ist sichergestellt, dass die TAG Immobilien AG die Wohnungsbestände nicht weiterveräußern oder einen Gesellschafterwechsel an der ehemaligen TLG Wohnen GmbH durchführen kann, ohne dass der Erwerber sich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zur Einhaltung der Sozialcharta verpflichtet.

22. Welche Funktion kommt der mit dem Verkauf der TLG Wohnen GmbH auf Kosten des Bundes eingerichteten Ombudsstelle nach einem Weiterverkauf dieser Wohnungen zu?

Für die Tätigkeit der TLG-Ombudsstelle bei der unabhängigen Überwachung der Einhaltung der Sozialcharta spielt es keine Rolle, ob die Wohnungsbestände der ehemaligen TLG Wohnen GmbH im Konzernverbund der TAG Immobilien AG verbleiben oder ob alle oder einzelne Wohnungsbestände weiterveräußert werden. Die Sozialcharta gilt auch im Falle eines Weiterverkaufs fort (vgl. Antwort zu Frage 21). Die von einem etwaigen Weiterverkauf von Wohnungen der ehemaligen TLG Wohnen GmbH betroffenen Mieter können sich dann ebenso wie bisher bei etwaigen Verstößen gegen die Sozialcharta an die TLG-Ombudsstelle wenden. Sie wird in gleicher Weise zeitnah und unbürokratisch dafür Sorge tragen, dass Verstöße beseitigt werden.

23. Wie sichert die Bundesregierung nach einem Weiterverkauf der ehemaligen TLG-Wohnungen die zugesagte Weiterbeschäftigung der ehemaligen TLG-Mitarbeiter?

Die TAG Immobilien AG hat gegenüber der Bundesrepublik Deutschland keine Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter der TLG WOHNEN GmbH übernommen. Die Bundesrepublik Deutschland konnte dem Käufer keine derartige Verpflichtung auferlegen, weil hierin eine unzulässige Beihilfe gemäß Artikel 107 Absatz 1 AEUV gelegen hätte. Eine Weiterbeschäftigungsgarantie stellt eine beihilferechtlich unzulässige Bedingung dar (vgl. den Leitfaden der Europäischen Kommission zur beihilfekonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen vom 10. Februar 2012 sowie die dort in Bezug genommene Entscheidung der Europäischen Kommission 1999/720/EG). Hierdurch hätten Bieter vom Erwerb der TLG WOHNEN GmbH abgehalten werden können, die bereits über ausreichende eigene Mitarbeiter verfügen oder der Auffassung sind, dass die Wohnungsbestände durch weniger Mitarbeiter verwaltet werden können. Die TAG Immobilien AG hat sich jedoch im Kaufvertrag verpflichtet, alle Standorte der TLG WOHNEN GmbH bis zum 31. Dezember 2017 aufrechtzuerhalten.

24. Wird die Bundesregierung bei weiteren Wohnungsverkäufen – etwa durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – weiter am Höchstgebotsprinzip festhalten oder, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigt, „[...] mit Rücksicht auf die vielen am Gemeinwohl orientierten Vorhaben der Kommunen, wie der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum [...] eine verbilligte Abgabe von Grundstücken [...]“ ermöglichen (Koalitionsvertrag, S. 80)?

Eine verbilligte Abgabe von bundeseigenen Liegenschaften unterhalb des Verkehrswertes kommt nicht in Betracht, da die Bundesanstalt gemäß § 63 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) ausdrücklich die gesetzliche Verpflichtung hat, Liegenschaften grundsätzlich nur zum „vollen Wert“ zu veräußern, d. h. zu dem am Markt erzielbaren Preis oder alternativ zu dem mit einem Verkehrswertgutachten ermittelten Wert.

Der Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode beschränkt sich ausdrücklich auf Konversionsliegenschaften (Liegenschaften aus militärischer Vornutzung). Hier ist vorgesehen, dass die Bundesanstalt aufgrund eines Haushaltsvermerks Konversionsliegenschaften verbilligt, d. h. unterhalb des Verkehrswerts, an Kommunen abgeben kann. Im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2015 ist ein entsprechender Vermerk ausgebracht worden. Die Entscheidung des

Gesetzgebers bleibt nun abzuwarten, ob und in welcher Form der Haushaltsvermerk im Bundeshaushaltsgesetz 2015 verabschiedet wird.

25. Wann sollen die der genannten Passage im Koalitionsvertrag entgegenstehenden Regelungen der Bundeshaushaltsordnung und des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben geändert werden?

Zur Umsetzung des Koalitionsvertrages bedarf es keiner Änderung des „Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ oder der BHO. § 63 Absatz 3 Satz 2 BHO bietet ausreichend Flexibilität für den Haushaltsgesetzgeber. Auf die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wird ergänzend Bezug genommen (Bundestagsdrucksache 18/951).

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Verkauf von Wohnungen 2008 bis 2013 Anlage 1

Jahr 2008	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Aachen	Nordrhein-Westfalen	6	6
Altenholz	Schleswig-Holstein	1	1
Arnstadt, Stadt	Thüringen	1	2
Bad Abbach, Markt	Bayern	1	1
Bad Aibling, Stadt	Bayern	14	14
Bad Freienwalde (Oder), Stadt	Brandenburg	2	102
Bad Homburg v.d. Höhe	Hessen	1	1
Bad Zwischenahn	Niedersachsen	2	2
Balge	Niedersachsen	1	1
Bergisch Gladbach	Nordrhein-Westfalen	13	36
Berlin	Berlin	36	94
Biesenthal	Brandenburg	1	1
Bischofswiesen	Bayern	1	1
Borken	Nordrhein-Westfalen	1	11
Borkum	Niedersachsen	2	2
Braunschweig	Niedersachsen	2	2
Bremen	Bremen	1	2
Bremerhaven, Stadt	Bremen	2	6
Brüggen	Nordrhein-Westfalen	11	36
Bremervörde	Niedersachsen	1	11
Brunsbüttel	Schleswig-Holstein	3	24
Burghausen	Bayern	1	3
Celle	Niedersachsen	1	9
Colbitz	Sachsen-Anhalt	1	1
Cuxhaven, Stadt	Niedersachsen	1	2
Diez	Rheinland-Pfalz	1	1
Düren	Nordrhein-Westfalen	1	1
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	2	8
Eberswalde, Stadt	Brandenburg	1	3
Eichhorst	Brandenburg	1	2
Eisenach, Stadt	Thüringen	1	2
Eisenhüttenstadt	Brandenburg	1	1
Emmerich am Rhein	Nordrhein-Westfalen	1	1
Erkelenz	Nordrhein-Westfalen	1	4
Euskirchen	Nordrhein-Westfalen	5	5
Forchheim	Bayern	3	6
Frankfurt am Main	Hessen	1	1
Fünfseen	Mecklenburg-Vorpomm.	1	8
Fürstenwalde	Brandenburg	1	16
Geldern	Nordrhein-Westfalen	2	21
Gevelsberg	Nordrhein-Westfalen	1	13
Gollwitz / Insel Poel	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Goslar	Niedersachsen	1	1
Großenbrode	Schleswig-Holstein	1	1
Grossenkneten	Niedersachsen	3	4
Gummersbach	Nordrhein-Westfalen	1	1

Jahr 2008	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Hagen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	5
Hagenow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Hamburg	Hamburg	4	14
Hameln	Niedersachsen	1	1
Hann. Münden, Stadt	Niedersachsen	1	3
Heiligenhafen	Schleswig-Holstein	2	2
Helgoland	Schleswig-Holstein	4	4
Helmstedt	Niedersachsen	1	1
Hennigsdorf	Brandenburg	1	1
Hipstedt	Niedersachsen	1	1
Hohensaaten	Brandenburg	1	1
Hörnum	Schleswig-Holstein	4	4
Itzehoe	Schleswig-Holstein	1	4
Jever	Niedersachsen	13	13
Karlsruhe	Baden-Wuerttemberg	1	2
Kelkheim (Taunus), Stadt	Hessen	1	2
Kleinblittersdorf	Saarland	1	1
Kleinfurra	Thueringen	1	1
Köln	Nordrhein-Westfalen	45	90
Konstanz	Baden-Wuerttemberg	2	22
Kossa	Sachsen	1	1
Kronach, Stadt	Bayern	1	3
Landshut	Bayern	1	14
Liebenwalde	Brandenburg	1	1
List	Schleswig-Holstein	5	5
Löbau	Sachsen	2	68
Löcknitz	Mecklenburg-Vorpomm.	2	57
Lübeck	Schleswig-Holstein	1	2
Luckaitztal	Brandenburg	1	1
Lüdinghausen	Nordrhein-Westfalen	1	1
Mainz	Rheinland-Pfalz	1	1
Malliß	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Mauth	Bayern	1	3
Mühlberg	Brandenburg	1	1
Müncheberg	Brandenburg	1	2
München	Bayern	5	5
Munster, Stadt	Niedersachsen	1	1
Münster, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	2
Neckarsteinach, Stadt	Hessen	1	1
Neumünster	Schleswig-Holstein	1	1
Neuschönau	Bayern	4	6
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	Rheinland-Pfalz	1	2
Neustadt in Holstein	Schleswig-Holstein	1	2
Nieder-alben	Rheinland-Pfalz	1	1
Norderney, Stadt	Niedersachsen	1	1
Ober-Ramstadt	Hessen	1	3
Oranienburg	Brandenburg	3	3
Pasewalk	Mecklenburg-Vorpomm.	2	133

Jahr 2008	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Philippsreut	Bayern	1	2
Piding	Bayern	1	2
Preetz	Schleswig-Holstein	1	1
Prenzlau, Stadt	Brandenburg	1	45
Prötzel	Brandenburg	1	1
Rechlin	Mecklenburg-Vorpomm.	3	9
Rehlingen	Niedersachsen	1	1
Reitwein	Brandenburg	1	3
Rheinfelden (Baden), Stadt	Baden-Wuerttemberg	1	4
Rosenheim, Stadt	Bayern	1	2
Rösrath	Nordrhein-Westfalen	5	5
Rotenburg (Wümme)	Niedersachsen	2	2
Rottenburg a.d. Laaber, Stadt	Bayern	1	6
Salzwedel	Sachsen-Anhalt	1	47
Schortens	Niedersachsen	1	94
Schwetzingen, Stadt	Baden-Wuerttemberg	1	1
Sehnde	Niedersachsen	1	1
Stadt Fehmarn	Schleswig-Holstein	1	1
Stadtallendorf, Stadt	Hessen	1	1
Storkow (Mark)	Brandenburg	1	1
Strausberg, Stadt	Brandenburg	1	1
Suckow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	8
Surendorf	Schleswig-Holstein	4	4
Thüngersheim	Bayern	1	3
Troisdorf	Nordrhein-Westfalen	40	57
Übach-Palenberg	Nordrhein-Westfalen	2	8
Ullersdorf	Brandenburg	1	1
Verden (Aller), Stadt	Niedersachsen	3	5
Viersen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	46
Völklingen, Stadt	Saarland	3	3
Wallerfangen	Saarland	1	2
Wandlitz	Brandenburg	2	8
Wangerooge	Niedersachsen	1	1
Wanzleben	Sachsen-Anhalt	1	2
Wesendorf	Niedersachsen	1	6
Westerkappeln	Nordrhein-Westfalen	1	1
Westerland	Schleswig-Holstein	1	1
Wilhelmshaven, Stadt	Niedersachsen	2	114
Wittmund	Niedersachsen	3	3
Wolfshagen	Niedersachsen	1	10
Wuppertal	Nordrhein-Westfalen	6	13
Zeithain	Sachsen	1	36
Zweibrücken	Rheinland-Pfalz	1	4
Gesamt			1.534

Jahr 2009	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Aachen	Nordrhein-Westfalen	1	1
Achim	Niedersachsen	1	8
Ainring	Bayern	1	1
Albbruck	Baden-Wuerttemberg	2	12
Albersdorf	Schleswig-Holstein	1	12
Altdöbern	Brandenburg	2	15
Altwarpen	Mecklenburg-Vorpomm.	2	2
Aventoft	Schleswig-Holstein	1	1
Bad Aibling, Stadt	Bayern	4	5
Bad Bramstedt	Schleswig-Holstein	1	4
Bad Elster	Sachsen	1	12
Bad Homburg v.d. Höhe	Hessen	3	3
Bad Honnef, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	2
Bad Oldesloe, Stadt	Schleswig-Holstein	1	2
Bad Saarow	Brandenburg	1	16
Bamberg	Bayern	1	3
Bandenitz	Mecklenburg-Vorpomm.	1	7
Baumholder	Rheinland-Pfalz	1	36
Bergisch Gladbach	Nordrhein-Westfalen	5	34
Berlin	Berlin	46	584
Berne	Niedersachsen	1	1
Bielefeld	Nordrhein-Westfalen	1	1
Birkenfeld, Stadt	Rheinland-Pfalz	2	24
Bismark	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Blankenfelde	Brandenburg	1	2
Boek	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Bonn	Nordrhein-Westfalen	2	13
Bordesholm	Schleswig-Holstein	1	3
Borkum	Niedersachsen	2	2
Born	Sachsen-Anhalt	1	1
Breisach	Baden-Wuerttemberg	1	1
Briesen (Mark)	Brandenburg	1	4
Brüggen	Nordrhein-Westfalen	24	24
Brunsbüttel	Schleswig-Holstein	6	23
Butzbach, Stadt	Hessen	1	12
Celle, Stadt	Niedersachsen	1	1
Coburg	Bayern	1	6
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	Hessen	1	36
Deggendorf	Bayern	2	18
Deizisau	Baden-Wuerttemberg	2	2
Doberlug-Kirchhain	Brandenburg	1	1
Dorsten, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	3
Dörverden	Niedersachsen	1	1
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	2	2
Dummerstorf	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Düren	Nordrhein-Westfalen	1	1
Düsseldorf, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	48

Jahr 2009	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Emmerich am Rhein	Nordrhein-Westfalen	4	17
Erkner, Stadt	Brandenburg	1	1
Essen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	6
Euskirchen	Nordrhein-Westfalen	1	2
Fehrbellin OT Wall	Brandenburg	1	2
Forchheim, Stadt	Bayern	1	1
Frankfurt am Main	Hessen	2	109
Frankfurt (Oder)	Brandenburg	1	22
Friedrichshafen	Baden-Wuerttemberg	1	1
Fuldatal	Hessen	2	2
Gädheim-Ottendorf	Bayern	1	4
Gartz	Brandenburg	1	12
Gelnhausen, Barbarossastadt	Hessen	2	370
Gersheim	Saarland	1	4
Giessen	Hessen	1	528
Goch	Nordrhein-Westfalen	2	2
Grambow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Greifswald	Mecklenburg-Vorpomm.	1	30
Gronau (Westf.), Stadt	Nordrhein-Westfalen	3	15
Großenbrode	Schleswig-Holstein	1	1
Grossenkneten	Niedersachsen	3	4
Großrosseln	Saarland	2	5
Großwoltersdorf OT Wolfsruh	Brandenburg	1	20
Gummersbach	Nordrhein-Westfalen	2	3
Halle (Saale)	Sachsen-Anhalt	1	1
Hamburg	Hamburg	3	3
Hamm	Nordrhein-Westfalen	1	3
Hannover	Niedersachsen	3	4
Helgoland	Schleswig-Holstein	1	1
Hermeskeil	Rheinland-Pfalz	1	1
Hintersee	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Hirschhorn (Neckar), Stadt	Hessen	1	2
Hochdonn	Schleswig-Holstein	1	1
Hohenlockstedt	Schleswig-Holstein	1	1
Hohensaaten	Brandenburg	1	30
Hohentengen am Hochrhein	Baden-Wuerttemberg	4	4
Hohenwarthe	Sachsen-Anhalt	1	1
Hohenwoos	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Hörnum	Schleswig-Holstein	6	6
Itzehoe	Schleswig-Holstein	5	7
Jever	Niedersachsen	4	4
Karlsruhe	Baden-Wuerttemberg	1	3
Kelkheim (Taunus), Stadt	Hessen	1	1
Ketzin OT Etzin	Brandenburg	1	3
Kiefersfelden	Bayern	1	2
Kiel	Schleswig-Holstein	1	1
Köln	Nordrhein-Westfalen	22	23
Königs Wusterhausen, Stadt	Brandenburg	1	1

Jahr 2009	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Kummerfeld	Schleswig-Holstein	1	1
Küstriner Vorland	Brandenburg	1	8
Lauf	Bayern	1	7
Leipheim, Stadt	Bayern	1	136
Liebenwalde	Brandenburg	1	2
Lindau	Schleswig-Holstein	1	3
Lippstadt	Nordrhein-Westfalen	1	11
List	Schleswig-Holstein	5	6
Löcknitz	Mecklenburg-Vorpomm.	1	30
Lübeck	Schleswig-Holstein	1	1
Lübtheen	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Luckow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Magdeburg	Sachsen-Anhalt	1	1
Mannheim	Baden-Wuerttemberg	2	2
Meerane	Sachsen	1	1
Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen	3	3
Mülheim an der Ruhr	Nordrhein-Westfalen	1	1
München	Bayern	3	3
Münsingen, Stadt	Baden-Wuerttemberg	1	1
Munster, Stadt	Niedersachsen	4	8
Murnau a. Staffelsee, Markt	Bayern	1	4
Nauen OT Wachow	Brandenburg	1	2
Nettetal	Nordrhein-Westfalen	2	6
Neubrandenburg	Mecklenburg-Vorpomm.	1	40
Neuenburg am Rhein, Stadt	Baden-Wuerttemberg	1	6
Neuschönau	Bayern	1	2
Neustadt a.d. Aisch, Stadt	Bayern	1	1
Neustadt-Glewe	Mecklenburg-Vorpomm.	2	2
Niederfinow	Brandenburg	2	3
Offenbach am Main, Stadt	Hessen	2	2
Oranienburg	Brandenburg	4	5
Osnabrück, Stadt	Niedersachsen	69	223
Passau, Stadt	Bayern	1	12
Philippsreut	Bayern	1	2
Planet OT Dahnsdorf	Brandenburg	1	4
Potsdam	Brandenburg	1	6
Pritzwalk	Brandenburg	1	12
Rathenow, Stadt	Brandenburg	1	1
Rechlin	Mecklenburg-Vorpomm.	8	11
Rerik	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Retschow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Rheine	Nordrhein-Westfalen	1	1
Rösrath	Nordrhein-Westfalen	1	1
Roßlau (Elbe), Stadt	Sachsen-Anhalt	1	1
Rostock	Mecklenburg-Vorpomm.	2	13
Rotenburg (Wümme)	Niedersachsen	2	3
Saarbrücken-Güdingen	Saarland	1	4
Sassnitz	Mecklenburg-Vorpomm.	1	48

Jahr 2009	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Schernberg	Thüringen	1	10
Schinkel	Schleswig-Holstein	1	3
Schleching	Bayern	1	4
Schleswig	Schleswig-Holstein	1	3
Schorfheide	Brandenburg	1	1
Schwerin	Mecklenburg-Vorpomm.	2	41
Sicke	Niedersachsen	1	1
Siegburg, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	6
Soest	Nordrhein-Westfalen	1	18
Sögel	Niedersachsen	1	1
Speyer, Stadt	Rheinland-Pfalz	1	3
Spiegelau	Bayern	1	6
Spreetal	Brandenburg	1	1
Stadt Fehmarn	Schleswig-Holstein	2	2
Stephanskirchen	Bayern	1	1
Stolberg (Rhld.), Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	5
Stralsund	Mecklenburg-Vorpomm.	1	40
Strehlen	Brandenburg	1	1
Stuttgart	Baden-Württemberg	1	1
Tarnewitz	Mecklenburg-Vorpomm.	1	5
Timmendorfer Strand	Schleswig-Holstein	1	2
Troisdorf	Nordrhein-Westfalen	4	44
Tüchen	Brandenburg	1	2
Ulm	Baden-Württemberg	2	4
Unna	Nordrhein-Westfalen	1	1
Velbert	Nordrhein-Westfalen	1	8
Viereth-Trunstadt	Bayern	1	2
Viersen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	7	7
Völklingen, Stadt	Saarland	1	4
Wassenberg, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	71
Wegberg, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	2
Wenningstedt	Schleswig-Holstein	1	1
Werneuchen	Brandenburg	1	4
Werpeloh	Niedersachsen	1	1
Wesel	Nordrhein-Westfalen	2	10
Wesendorf	Niedersachsen	1	1
Westerland	Schleswig-Holstein	1	1
Wetter (Ruhr), Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	14
Wilhelmshaven, Stadt	Niedersachsen	1	1
Witten, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	39
Wittmund	Niedersachsen	1	1
Wolfhagen	Hessen	1	2
Wolgast	Mecklenburg-Vorpomm.	1	43
Wuppertal	Nordrhein-Westfalen	16	70
Würzburg, Stadt	Bayern	3	80
Zehdenick	Brandenburg	2	4
Zeuthen	Brandenburg	2	6
Zingst	Mecklenburg-Vorpomm.	1	3

Jahr 2009	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Gesamt			3490

Jahr 2010	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Aachen	Nordrhein-Westfalen	2	10
Ahlbeck	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Altefähr	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Altwarps	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Appen	Schleswig-Holstein	1	1
Aschaffenburg	Bayern	1	2
Bad Dübén	Sachsen	1	140
Bad Homburg v.d. Höhe	Hessen	1	1
Bad Kreuznach	Rheinland-Pfalz	1	2
Bad Reichenhall	Bayern	2	13
Bad Soden am Taunus, Stadt	Hessen	1	2
Baumholder	Rheinland-Pfalz	1	96
Bayreuth	Bayern	1	12
Berchtesgaden-Oberau	Bayern	1	4
Berlin	Berlin	47	423
Besigheim	Baden-Wuerttemberg	2	2
Birkenfeld, Stadt	Rheinland-Pfalz	1	36
Bispingen	Niedersachsen	1	1
Bitterfeld, Stadt	Sachsen-Anhalt	1	2
Blumberg, Stadt	Baden-Wuerttemberg	1	6
Bordesholm	Schleswig-Holstein	1	3
Borkum	Niedersachsen	1	2
Brandenburg	Brandenburg	1	7
Braunschweig	Niedersachsen	1	1
Brüggen	Nordrhein-Westfalen	3	3
Brunsbüttel	Schleswig-Holstein	4	19
Burg	Sachsen-Anhalt	1	1
Coburg	Bayern	1	24
Cottbus	Brandenburg	1	8
Dämelow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Dierhagen	Mecklenburg-Vorpomm.	2	4
Dorsten, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	2
Dossenheim	Baden-Wuerttemberg	2	1
Drage	Schleswig-Holstein	1	1
Dranske	Mecklenburg-Vorpomm.	1	2
Dresden	Sachsen	3	82
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	1	1
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	1	1
Eberbach	Baden-Wuerttemberg	4	4
Echternachbrück	Rheinland-Pfalz	1	7
Emmerich am Rhein	Nordrhein-Westfalen	3	14
Essen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	2
Esslingen	Baden-Wuerttemberg	1	1
Fallingbostal, Stadt	Niedersachsen	1	1
Finowfurt	Brandenburg	1	1
Frankfurt am Main, Stadt	Hessen	1	1
Freudenstadt	Baden-Wuerttemberg	1	4

Jahr 2010	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Gailingen	Baden-Wuerttemberg	1	4
Garmisch-Partenkirchen	Bayern	2	14
Geldern	Nordrhein-Westfalen	1	18
Genthin	Sachsen-Anhalt	1	3
Gersheim	Saarland	1	2
Glückstadt	Schleswig-Holstein	1	3
Goslar	Niedersachsen	1	1
Göttingen	Niedersachsen	1	3
Grebenhain	Hessen	2	2
Greifswald	Mecklenburg-Vorpomm.	2	28
Gronau (Westf.), Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	3
Groß Köris	Brandenburg	1	1
Groß Lindow	Brandenburg	1	1
Großenbrode	Schleswig-Holstein	1	2
Grossenkneten	Niedersachsen	1	7
Großlohra	Thueringen	1	2
Guben, Stadt	Brandenburg	2	17
Gültz	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Gütersloh	Nordrhein-Westfalen	1	1
Hafenlohr	Bayern	1	3
Haidmühle	Bayern	2	10
Halstenbek	Schleswig-Holstein	1	1
Hamburg	Hamburg	5	7
Hanau, Stadt	Hessen	2	365
Harrislee	Schleswig-Holstein	2	10
Helgoland	Schleswig-Holstein	6	6
Helmstedt	Niedersachsen	2	2
Herleshausen	Hessen	1	12
Herzogenrath, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	11
Hipstedt	Niedersachsen	2	2
Hirschthal	Rheinland-Pfalz	1	4
Hohenlockstedt	Schleswig-Holstein	1	2
Hörnum	Schleswig-Holstein	2	2
Hörstel	Nordrhein-Westfalen	1	1
Horb am Neckar	Baden-Wuerttemberg	1	120
Hürtgenwald	Nordrhein-Westfalen	1	1
Itzehoe	Schleswig-Holstein	2	2
Jever	Niedersachsen	2	2
Kaiserslautern, Stadt	Rheinland-Pfalz	1	80
Kelkheim (Taunus), Stadt	Hessen	3	4
Kiefersfelden	Bayern	1	2
Kiel	Schleswig-Holstein	2	2
Koblenz, Stadt	Rheinland-Pfalz	2	3
Köln	Nordrhein-Westfalen	14	113
Konstanz	Baden-Wuerttemberg	1	7
Kranenburg	Nordrhein-Westfalen	1	4
Krefeld	Nordrhein-Westfalen	1	3
Küssaberg-Reckingen	Baden-Wuerttemberg	1	7

Jahr 2010	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Küstriner Vorland	Brandenburg	1	12
Laufenburg (Baden)	Baden-Wuerttemberg	1	8
List	Schleswig-Holstein	5	6
Litzendorf	Bayern	1	1
Lohme	Mecklenburg-Vorpomm.	1	4
Luckow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Lüchow	Niedersachsen	2	1
Ludwigsburg	Baden-Wuerttemberg	1	28
Ludwigswinkel	Rheinland-Pfalz	1	15
Magdeburg	Sachsen-Anhalt	2	2
Mannheim	Baden-Wuerttemberg	1	1
Michendorf	Brandenburg	1	1
Mittenwald	Bayern	1	3
Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen	34	34
Monschau	Nordrhein-Westfalen	1	1
Motten	Bayern	1	1
München	Bayern	10	10
Münster	Nordrhein-Westfalen	1	1
Munster, Stadt	Niedersachsen	1	1
Nadrensee	Mecklenburg-Vorpomm.	2	18
Naila	Bayern	1	3
Neubrandenburg	Mecklenburg-Vorpomm.	2	262
Neuburg	Bayern	3	8
Neumünster	Schleswig-Holstein	1	34
Neustadt an der Weinstraße	Rheinland-Pfalz	1	1
Niederfinow	Brandenburg	1	4
Niederkrüchten	Nordrhein-Westfalen	5	22
Nordhastedt	Schleswig-Holstein	1	1
Nordwestuckermark	Brandenburg	1	1
Nuthe-Urstromtal	Brandenburg	1	1
Oberbarnim	Brandenburg	1	5
Oerlenbach	Bayern	1	1
Oldenburg	Niedersachsen	1	1
Osnabrück, Stadt	Niedersachsen	149	210
Passau, Stadt	Bayern	2	30
Plön	Schleswig-Holstein	1	2
Rehefeld	Sachsen	1	10
Rehlingen	Niedersachsen	1	1
Rehlingen-Siersburg	Saarland	1	3
Rendsburg	Schleswig-Holstein	1	1
Rheinberg	Nordrhein-Westfalen	1	1
Rheine	Nordrhein-Westfalen	2	18
Rheinstetten	Baden-Wuerttemberg	1	1
Rodershausen	Rheinland-Pfalz	1	8
Rostock	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Rotenburg (Wümme)	Niedersachsen	2	2
Rothenklempenow	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Rottweil	Baden-Wuerttemberg	1	1

Jahr 2010	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Saarbrücken-Güdingen	Saarland	2	5
Saarburg	Rheinland-Pfalz	1	279
Salzmünde	Sachsen-Anhalt	1	2
Scheyern	Bayern	1	16
Schwabach	Bayern	1	10
Schwandorf	Bayern	1	8
Sigmarszell	Bayern	1	3
Soltau	Niedersachsen	1	1
Sonthofen	Bayern	1	2
Spreehagen	Brandenburg	1	1
Stadtallendorf, Stadt	Hessen	2	2
Stahnsdorf	Brandenburg	1	1
Stanggaß	Bayern	1	12
Straelen	Nordrhein-Westfalen	1	1
Stuttgart	Baden-Wuerttemberg	1	1
Tönning, Stadt	Schleswig-Holstein	1	3
Troisdorf	Nordrhein-Westfalen	1	1
Ulm, Universitätsstadt	Baden-Wuerttemberg	1	4
Unna	Nordrhein-Westfalen	1	1
Vechelde	Niedersachsen	1	1
Verden (Aller), Stadt	Niedersachsen	1	1
Viernheim	Hessen	1	3
Viersen	Nordrhein-Westfalen	2	2
Völklingen, Stadt	Saarland	2	4
Wahlstedt	Schleswig-Holstein	2	2
Waldfeucht	Nordrhein-Westfalen	1	2
Waldsolms	Hessen	1	4
Waldshut-Tiengen	Baden-Wuerttemberg	1	6
Wandlitz	Brandenburg	1	1
Werder (Havel)	Brandenburg	1	4
Wesel	Nordrhein-Westfalen	1	1
Westerland	Schleswig-Holstein	1	1
Westerrönfeld	Schleswig-Holstein	1	4
Wetter (Ruhr), Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	15
Wöllstadt	Hessen	1	1
Wunstorf	Niedersachsen	3	3
Wuppertal	Nordrhein-Westfalen	15	16
Würzburg	Bayern	1	2
Ziltendorf	Brandenburg	1	1
Zingst	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Zittau	Sachsen	1	3
Zweibrücken	Rheinland-Pfalz	2	431
Gesamt			3501

Jahr 2011	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Aachen	Nordrhein-Westfalen	3	6
Alt Schwinz	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Altwarp	Mecklenburg-Vorpomm.	2	7
Anklam	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Augustdorf	Nordrhein-Westfalen	1	24
Bad Aibling, Stadt	Bayern	1	1
Bad Fallingb.ostel	Niedersachsen	1	1
Bad Kissingen	Bayern	1	24
Bad Neuenahr-Ahrweiler	Rheinland-Pfalz	2	24
Bad Reichenhall	Bayern	3	13
Bad Saarow	Brandenburg	1	2
Bad Säckingen	Baden-Wuerttemberg	6	7
Bad Segeberg	Schleswig-Holstein	1	9
Bad Zwischenahn	Niedersachsen	1	1
Bamberg	Bayern	1	5
Benningen am Neckar	Baden-Wuerttemberg	3	3
Berlin	Berlin	31	431
Böblingen	Baden-Wuerttemberg	1	1
Bonn, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	9
Boostedt	Schleswig-Holstein	1	1
Bordesholm	Schleswig-Holstein	3	3
Braunschweig	Niedersachsen	2	2
Breitenburg	Schleswig-Holstein	1	8
Bremervörde	Niedersachsen	1	1
Bruchmühlbach-Miesau	Rheinland-Pfalz	1	42
Brunsbüttel	Schleswig-Holstein	3	8
Büdingen, Stadt	Hessen	2	76
Butzbach	Hessen	2	667
Cuxhaven, Stadt	Niedersachsen	2	4
Deizisau	Baden-Wuerttemberg	1	2
Delmenhorst	Niedersachsen	5	6
Dorsten, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	1
Dresden	Sachsen	1	48
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	1	1
Düren	Nordrhein-Westfalen	1	1
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	3	3
Emmerich am Rhein	Nordrhein-Westfalen	2	3
Eppenbrunn	Rheinland-Pfalz	1	20
Eschwege, Kreisstadt	Hessen	2	57
Essen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	36
Faßberg	Niedersachsen	2	2
Flensburg	Schleswig-Holstein	1	16
Frankfurt	Hessen	1	1
Friedberg (Hessen)	Hessen	2	93
Fuldata	Hessen	2	37
Fürstenwalde	Brandenburg	1	11
Furth im Wald, Stadt	Bayern	1	3

Jahr 2011	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Gangelt	Nordrhein-Westfalen	2	2
Gegensee	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Geilenkirchen	Nordrhein-Westfalen	1	3
Gersfeld (Rhön), Stadt	Hessen	1	1
Giebelstadt	Bayern	2	22
Glückstadt	Schleswig-Holstein	1	3
Goch	Nordrhein-Westfalen	2	2
Görlitz	Sachsen	1	5
Göttingen	Niedersachsen	1	1
Gottmadingen	Baden-Wuerttemberg	1	14
Großenbrode	Schleswig-Holstein	1	2
Grossenkneten	Niedersachsen	1	1
Großrosseln	Saarland	1	2
Gumtow	Brandenburg	1	1
Gütersloh	Nordrhein-Westfalen	1	1
Haldensleben	Sachsen-Anhalt	1	1
Hamburg	Hamburg	4	23
Hamm	Nordrhein-Westfalen	1	1
Harburg	Bayern	1	1
Heiligenhafen	Schleswig-Holstein	1	1
Heinsberg	Nordrhein-Westfalen	1	4
Helgoland	Schleswig-Holstein	6	6
Hermeskeil	Rheinland-Pfalz	1	8
Herne	Nordrhein-Westfalen	1	1
Herzogenrath, Stadt	Nordrhein-Westfalen	4	25
Hilden	Nordrhein-Westfalen	2	2
Hintersee	Mecklenburg-Vorpomm.	1	3
Hohenfels	Bayern	1	10
Hohensaaten	Brandenburg	2	4
Hohentengen am Hochrhein	Baden-Wuerttemberg	2	8
Hohenwarthe	Sachsen-Anhalt	1	1
Horb am Neckar	Baden-Wuerttemberg	1	47
Hörnum	Schleswig-Holstein	4	4
Immelborn	Thuringen	1	1
Iserlohn, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	12
Itzehoe	Schleswig-Holstein	1	1
Jever	Niedersachsen	2	2
Kandel, Stadt	Rheinland-Pfalz	1	2
Karlshagen	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Karlsruhe	Baden-Wuerttemberg	1	36
Kehl	Baden-Wuerttemberg	1	15
Kelkheim (Taunus), Stadt	Hessen	2	4
Ketzin	Brandenburg	1	1
Kiel	Schleswig-Holstein	2	26
Kitzingen	Bayern	1	26
Kleinmachnow	Brandenburg	1	21
Koblenz	Rheinland-Pfalz	1	188
Köln	Nordrhein-Westfalen	8	23

Jahr 2011	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Konstanz	Baden-Wuerttemberg	1	2
Landshut	Bayern	1	1
Lauf	Bayern	1	6
Laußig, OT Durchwehna	Sachsen	1	1
Lebach	Saarland	1	4
Lehre	Niedersachsen	1	24
Lindau	Bayern	2	2
Lippstadt, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	2
List	Schleswig-Holstein	3	3
Löbau	Sachsen	1	12
Lohheide	Niedersachsen	2	2
Lübeck	Schleswig-Holstein	3	8
Ludwigsburg	Baden-Wuerttemberg	1	4
Lüneburg	Niedersachsen	1	1
Mendig	Rheinland-Pfalz	2	70
Meppen, Stadt	Niedersachsen	1	1
Mittenwald	Bayern	1	4
Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen	40	40
München	Bayern	1	1
Münster	Nordrhein-Westfalen	22	50
Munster, Stadt	Niedersachsen	1	1
Murnau a. Staffelsee	Bayern	1	13
Neubrandenburg	Mecklenburg-Vorpomm.	1	115
Neumünster	Schleswig-Holstein	3	3
Oberursel (Taunus), Stadt	Hessen	1	1
Oerlenbach	Bayern	1	1
Offenbach am Main, Stadt	Hessen	1	1
Oldenburg	Schleswig-Holstein	1	36
Osnabrück, Stadt	Niedersachsen	16	300
Parsberg	Bayern	1	41
Passau, Stadt	Bayern	1	37
Penttenried	Bayern	1	1
Porta Westfalica	Nordrhein-Westfalen	1	4
Potsdam	Brandenburg	2	76
Pullach	Bayern	1	2
Rastatt	Baden-Wuerttemberg	2	10
Rellingen	Schleswig-Holstein	1	2
Rheine, Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	2
Rheinfelden	Baden-Wuerttemberg	1	1
Rheinstetten	Baden-Wuerttemberg	3	3
Rotenburg (Wümme)	Niedersachsen	1	1
Rottweil	Baden-Wuerttemberg	2	2
Saarburg, Stadt	Rheinland-Pfalz	5	5
Sassnitz	Mecklenburg-Vorpomm.	1	50
Scheibhardt	Rheinland-Pfalz	1	4
Schleiden-Gemünd	Nordrhein-Westfalen	2	2
Schönfeld	Brandenburg	1	2
Schorfheide	Brandenburg	2	2

Jahr 2011	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Schülp	Schleswig-Holstein	2	2
Schwalmtal	Nordrhein-Westfalen	1	1
Simmerath	Nordrhein-Westfalen	1	10
Steinbach-Hallenberg	Thüringen	1	1
Straelen	Nordrhein-Westfalen	1	1
Stuttgart	Baden-Württemberg	2	25
Surendorf	Schleswig-Holstein	2	2
Tengen	Baden-Württemberg	4	12
Tholey	Saarland	1	1
Troisdorf	Nordrhein-Westfalen	1	2
Überherrn	Saarland	1	1
Ulm, Universitätsstadt	Baden-Württemberg	2	8
Unna	Nordrhein-Westfalen	1	43
Viersen	Nordrhein-Westfalen	3	3
Waldshut-Tiengen	Baden-Württemberg	2	10
Wangerooge	Niedersachsen	2	2
Wedel	Schleswig-Holstein	1	4
Wegberg, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	1
Weingarten	Baden-Württemberg	1	8
Wesel	Nordrhein-Westfalen	1	2
Wetzlar	Hessen	1	72
Wiesbaden	Hessen	1	3
Wolfenbüttel	Niedersachsen	1	1
Wolfhagen	Hessen	1	1
Wuppertal	Nordrhein-Westfalen	15	15
Zinnwald	Sachsen	1	10
Zweibrücken	Rheinland-Pfalz	2	53
Gesamt			3543

Jahr 2012	Bundesland	Anzahl der Kaufverträge	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Aachen	Nordrhein-Westfalen	3	19
Altenholz	Schleswig-Holstein	1	1
Aue	Sachsen	1	1
Bad Arolsen	Hessen	1	9
Bad Homburg v.d. Höhe	Hessen	1	2
Bad Kissingen	Bayern	1	84
Bad Saarow	Brandenburg	1	2
Bad Zwischenahn	Niedersachsen	1	1
Belling	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Benningen am Neckar	Baden-Wuerttemberg	1	1
Bergheinfeld	Bayern	1	3
Berlin	Berlin	30	94
Blankenheim	Nordrhein-Westfalen	1	24
Bonn	Nordrhein-Westfalen	2	4
Brannenburg	Bayern	1	5
Braunschweig	Niedersachsen	2	2
Brodembach	Rheinland-Pfalz	1	2
Brüggen	Nordrhein-Westfalen	1	1
Brunsbüttel	Schleswig-Holstein	3	8
Burg	Sachsen-Anhalt	1	1
Burgwald Wiesenfeld	Hessen	2	2
Büdingen	Baden-Wuerttemberg	1	2
Buxtehude, Stadt	Niedersachsen	4	4
Celle, Stadt	Niedersachsen	2	6
Cuxhaven, Stadt	Niedersachsen	4	15
Damme, Stadt	Niedersachsen	1	1
Delmenhorst	Niedersachsen	7	10
Dillingen/Donau	Bayern	1	18
Dorsten, Stadt	Nordrhein-Westfalen	4	4
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	1	1
Dülmen	Nordrhein-Westfalen	12	12
Düren	Nordrhein-Westfalen	1	1
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	1	1
Elbe-Parey	Sachsen-Anhalt	1	2
Emmerich am Rhein	Nordrhein-Westfalen	1	1
Euskirchen	Nordrhein-Westfalen	1	54
Frankfurt	Hessen	2	37
Friedrichshafen	Baden-Wuerttemberg	1	1
Fulda	Hessen	1	8
Fuldatal	Hessen	2	2
Gaienhofen	Baden-Wuerttemberg	1	4
Geilenkirchen	Nordrhein-Westfalen	2	4
Gelsenkirchen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	1
Giebelstadt, Markt	Bayern	1	2
Ginsheim-Gustavsburg	Hessen	1	2
Goch	Nordrhein-Westfalen	1	1
Göttingen	Niedersachsen	1	1

Jahr 2012	Bundesland	Anzahl der Kaufverträge	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Gottmadingen	Baden-Wuerttemberg	1	1
Greifswald	Mecklenburg-Vorpomm.	1	36
Gronau (Westf.), Stadt	Nordrhein-Westfalen	2	28
Großburgwedel	Niedersachsen	1	1
Großenbrode	Schleswig-Holstein	2	2
Gummersbach	Nordrhein-Westfalen	1	1
Hagen, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	66
Hamburg	Hamburg	2	4
Hamm	Nordrhein-Westfalen	3	14
Hankensbüttel	Niedersachsen	1	1
Hattersheim am Main, Stadt	Hessen	1	2
Havelberg, Stadt	Sachsen-Anhalt	1	4
Heiligenhafen	Schleswig-Holstein	1	1
Helgoland	Schleswig-Holstein	1	1
Herzogenrath, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	6
Hilden	Nordrhein-Westfalen	4	4
Hohenlockstedt	Schleswig-Holstein	1	16
Hohenwarthe	Sachsen-Anhalt	2	2
Homberg	Hessen	2	28
Hoppstädten-Weiersbach	Rheinland-Pfalz	1	192
Hörnum	Schleswig-Holstein	2	2
Immendingen	Baden-Wuerttemberg	8	8
Iserlohn, Stadt	Nordrhein-Westfalen	1	1
Itzehoe	Schleswig-Holstein	2	13
Jestetten	Baden-Wuerttemberg	1	4
Jever	Niedersachsen	3	3
Kaiserslautern	Rheinland-Pfalz	1	12
Kappeln	Schleswig-Holstein	1	18
Kapsweyer	Rheinland-Pfalz	1	8
Kelkheim (Taunus), Stadt	Hessen	1	2
Kiel	Schleswig-Holstein	3	4
Koblenz	Rheinland-Pfalz	1	4
Köln	Nordrhein-Westfalen	21	50
Küstrin- Kietz	Brandenburg	1	4
Lahr	Baden-Wuerttemberg	1	2
Landstuhl	Rheinland-Pfalz	1	9
Lindau	Bayern	11	11
Lippstadt	Nordrhein-Westfalen	1	12
Lohheide	Niedersachsen	2	4
Lottstetten	Baden-Wuerttemberg	1	4
Lübeck	Schleswig-Holstein	1	1
Lüneburg	Niedersachsen	10	10
Mandelbachtal	Saarland	1	2
Meerane	Sachsen	1	1
Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen	17	49
Müllheim, Stadt	Baden-Wuerttemberg	1	10
München	Bayern	4	4
Münster	Nordrhein-Westfalen	3	4

Jahr 2012	Bundesland	Anzahl der Kaufverträge	Anzahl der verkauften Wohneinheiten
Munster, Stadt	Niedersachsen	1	10
Neuburg a.d. Donau, Stadt	Bayern	1	2
Neumünster	Schleswig-Holstein	3	3
Neustadt	Schleswig-Holstein	1	1
Niederkrüchten	Nordrhein-Westfalen	1	2
Oberstdorf	Bayern	2	4
Oerlenbach	Bayern	2	4
Oldenburg	Niedersachsen	2	2
Osnabrück, Stadt	Niedersachsen	5	5
Penzing	Bayern	1	69
Pfullendorf	Baden-Wuerttemberg	12	12
Pragsdorf	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Prenzlau, Stadt	Brandenburg	1	1
Prüm	Rheinland-Pfalz	1	4
Rheinfelden	Baden-Wuerttemberg	1	1
Roetgen	Nordrhein-Westfalen	1	7
Rostock	Mecklenburg-Vorpomm.	2	78
Rotenburg (Wümme)	Niedersachsen	1	2
Saarbrücken	Saarland	1	1
Schönwalde-Glien	Brandenburg	1	5
Soltau, Stadt	Niedersachsen	2	2
Sonthofen	Bayern	1	2
Stralsund	Mecklenburg-Vorpomm.	1	63
Strausberg, Stadt	Brandenburg	1	1
Stuttgart	Baden-Wuerttemberg	1	1
Surendorf	Schleswig-Holstein	5	5
Tengen	Baden-Wuerttemberg	2	6
Triefenstein	Bayern	1	1
Troisdorf	Nordrhein-Westfalen	1	6
Uckermünde	Mecklenburg-Vorpomm.	1	1
Überherren	Saarland	2	6
Ulm, Universitätsstadt	Baden-Wuerttemberg	1	2
Verden (Aller), Stadt	Niedersachsen	3	3
Wallendorf	Rheinland-Pfalz	1	4
Wassenberg	Nordrhein-Westfalen	1	1
Weil am Rhein	Baden-Wuerttemberg	1	1
Weilburg, Stadt	Hessen	1	2
Wesendorf	Niedersachsen	1	1
Wiesbaden	Hessen	1	18
Winsen (Aller)	Niedersachsen	1	1
Wittmund	Niedersachsen	1	1
Wörth	Rheinland-Pfalz	1	12
Wrestedt	Niedersachsen	1	1
Wunstorf	Niedersachsen	1	1
Wuppertal	Nordrhein-Westfalen	6	7
Würzburg	Bayern	1	1
Zweibrücken	Rheinland-Pfalz	3	47
Gesamt			1539

Jahr 2013	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten	davon an Gebietskörperschaft/von dieser getragene Gesellschaft	davon an Privatperson/private Gesellschaft
Aachen	Nordrhein-Westfalen	4	22	0	22
Altenholz	Schleswig-Holstein	1	1	0	1
Amberg	Bayern	1	3	0	3
Aschaffenburg	Bayern	1	12	0	12
Bad Fallingb. Bostel	Niedersachsen	1	1	0	1
Bad Homburg v.d. Höhe	Hessen	1	1	0	1
Bad Neuenahr-Ahrweiler	Rheinland-Pfalz	1	2	0	2
Bad Reichenhall	Bayern	1	1	0	1
Bad Zwischenahn	Niedersachsen	1	1	0	1
Baruth/Mark	Brandenburg	1	1	0	1
Bendorf	Rheinland-Pfalz	1	1	0	1
Berg	Rheinland-Pfalz	2	10	0	10
Bergisch Gladbach	Nordrhein-Westfalen	1	69	69	0
Berlin	Berlin	29	64	0	64
Braunschweig	Niedersachsen	3	3	0	3
Bremen	Bremen	1	1	0	1
Brühl	Nordrhein-Westfalen	2	2	0	2
Brunsbüttel	Schleswig-Holstein	1	6	0	6
Büdingen, Stadt	Hessen	1	18	0	18
Burgwald	Hessen	2	7	0	7
Butzbach, Stadt	Hessen	1	7	0	7
Celle	Niedersachsen	35	45	0	45
Cuxhaven, Stadt	Niedersachsen	2	8	0	8
Datteln	Nordrhein-Westfalen	1	1	0	1
Dorsten, Stadt	Nordrhein-Westfalen	11	11	0	11
Dülmen	Nordrhein-Westfalen	12	12	0	12
Düren	Nordrhein-Westfalen	4	4	0	4
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	4	6	0	6
Eberbach	Baden-Württemberg	1	1	0	1
Eberswalde	Brandenburg	1	3	3	0
Emmerich am Rhein	Nordrhein-Westfalen	2	23	0	23
Eschede	Niedersachsen	1	1	0	1
Eschweiler	Nordrhein-Westfalen	1	2	0	2
Eutin	Schleswig-Holstein	1	12	0	12
Flensburg-Weiche	Schleswig-Holstein	1	16	0	16
Freiburg	Baden-Württemberg	1	36	0	36
Fuldatal	Hessen	3	3	0	3
Gangelt	Nordrhein-Westfalen	1	1	0	1
Geilenkirchen	Nordrhein-Westfalen	16	16	0	16
Glashütte	Schleswig-Holstein	1	1	0	1
Goch	Nordrhein-Westfalen	1	1	0	1
Goslar	Niedersachsen	1	1	0	1
Grebenhain	Hessen	1	1	0	1
Grossenkneten	Niedersachsen	3	3	0	3
Hamm	Nordrhein-Westfalen	2	2	0	2
Hanau	Hessen	2	160	0	160
Helgoland	Schleswig-Holstein	6	7	0	7
Heringen	Hessen	2	8	0	8
Herne	Nordrhein-Westfalen	1	1	0	1
Heroldstatt	Baden-Württemberg	1	2	2	0
Hilden	Nordrhein-Westfalen	3	3	0	3
Hofbieber	Hessen	1	4	0	4
Hohenburg, Markt	Bayern	1	1	0	1
Hohenlockstedt	Schleswig-Holstein	1	7	0	7
Hohenwarthe	Sachsen-Anhalt	1	1	0	1
Hörnum	Schleswig-Holstein	1	1	0	1
Hoopstädte-Weiersbach	Rheinland-Pfalz	1	84	84	0
Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz	1	26	26	0

Jahr 2013	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten	davon an Gebietskörperschaft/von dieser getragene Gesellschaft	davon an Privatperson/private Gesellschaft
Ingolstadt	Bayern	1	2	0	2
Itzehoe	Schleswig-Holstein	1	1	0	1
Jever	Niedersachsen	4	4	0	4
Kaufbeuren	Bayern	1	216	0	216
Koblenz	Rheinland-Pfalz	2	28	0	28
Köln	Nordrhein-Westfalen	16	116	0	116
Kronshagen	Schleswig-Holstein	1	2	0	2
Langsur	Rheinland-Pfalz	1	4	0	4
Leck	Schleswig-Holstein	1	46	0	46
Lohheide, gemfr. Bezirk	Niedersachsen	2	2	0	2
Ludwigsburg	Baden-Württemberg	1	319	319	0
Lübeck	Schleswig-Holstein	2	2	0	2
Lüneburg, Stadt	Niedersachsen	6	6	0	6
Meerane	Sachsen	1	1	0	1
Memmingerberg	Bayern	1	1	0	1
Michendorf	Brandenburg	1	2	0	2
Möckern, Stadt	Sachsen-Anhalt	1	1	0	1
Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen	1	56	0	56
Mosbach, Stadt	Baden-Württemberg	1	2	0	2
München	Bayern	5	5	0	5
Münster	Nordrhein-Westfalen	58	133	40	93
Munster	Niedersachsen	1	48	48	0
Neckargerach	Baden-Württemberg	1	5	0	5
Nettetal	Nordrhein-Westfalen	1	1	0	1
Neumünster	Schleswig-Holstein	1	1	0	1
Neustadt	Schleswig-Holstein	3	3	0	3
Niebüll	Schleswig-Holstein	1	3	0	3
Nienburg (Weser), Stadt	Niedersachsen	1	3	0	3
Nörvenich	Nordrhein-Westfalen	1	8	0	8
Oldenburg	Niedersachsen	2	2	0	2
Oranienburg	Brandenburg	2	92	2	90
Osnabrück, Stadt	Niedersachsen	1	2	0	2
Penkun	Mecklenburg-Vorpomm	5	5	0	5
Pfullendorf	Baden-Württemberg	1	1	0	1
Pleidelsheim	Baden-Württemberg	2	2	0	2
Rastatt, Stadt	Baden-Württemberg	1	24	24	0
Retzow	Mecklenburg-Vorpomm	1	1	0	1
Rheinstetten	Baden-Württemberg	2	2	0	2
Rostock	Mecklenburg-Vorpomm	1	42	0	42
Rotenburg (Wümme)	Niedersachsen	1	6	0	6
Rottweil	Baden-Württemberg	2	2	0	2
Schleswig	Schleswig-Holstein	1	1	0	1
Schweighofen	Rheinland-Pfalz	1	10	0	10
Seehof	Mecklenburg-Vorpomm	1	2	0	2
St. Ingbert	Saarland	1	1	0	1
Stadtallendorf, Stadt	Hessen	1	134	0	134
Stetten a. k. Markt	Baden-Württemberg	1	35	35	0
Straelen	Nordrhein-Westfalen	1	1	0	1
Stralsund	Mecklenburg-Vorpomm	1	3	0	3
Tann	Hessen	1	12	0	12
Todtmoos	Baden-Württemberg	1	1	0	1
Überherrn	Saarland	1	5	0	5
Ummendorf	Baden-Württemberg	1	5	0	5
Waldkappel	Hessen	1	1	0	1
Walsrode, Stadt	Niedersachsen	1	1	0	1
Weeze	Nordrhein-Westfalen	1	4	0	4
Weil am Rhein, Stadt	Baden-Württemberg	1	1	0	1
Wesel	Nordrhein-Westfalen	1	2	0	2
Westerland	Schleswig-Holstein	1	1	0	1

Jahr 2013	Bundesland	Anzahl der Verkaufsfälle	Anzahl der verkauften Wohneinheiten	davon an Gebietskörperschaft/von dieser getragene Gesellschaft	davon an Privatperson/private Gesellschaft
Wiesbaden	Hessen	2	9	0	9
Winden	Rheinland-Pfalz	2	10	0	10
Wittmund	Niedersachsen	3	4	0	4
Wolfenbüttel	Niedersachsen	4	4	0	4
Wörth	Rheinland-Pfalz	1	4	0	4
Wunstorf	Niedersachsen	4	4	0	4
Wuppertal	Nordrhein-Westfalen	3	4	0	4
Zingst	Mecklenburg-Vorpomm	1	1	0	1
Zittau	Sachsen	1	130	130	0
Gesamt			2340	782	1558

Anlage 2.1**Wohnungsbestand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**

Bundesland	Anzahl Wohnungen
Baden-Württemberg	4.581
Bayern	5.772
Berlin	5.101
Brandenburg	1.637
Bremen	118
Hamburg	233
Hessen	2.571
Mecklenburg-Vorpommern	3.104
Niedersachsen	2.917
Nordrhein-Westfalen	5.612
Rheinland-Pfalz	2.523
Saarland	673
Sachsen	1.798
Sachsen-Anhalt	208
Schleswig-Holstein	625
Thüringen	1.188
Gesamtergebnis	38.661

Anlage 2.2

Wohnungsbestand der Bundesbank

	Ort	Summe
1	Augsburg	4
1	Bad Homburg	28
1	Bad Wiessee	1
1	Bayreuth	6
1	Berlin	4
1	Bielefeld	5
1	Bochum	5
1	Bremen	11
1	Chemnitz	4
1	Desden	6
1	Dortmund	12
1	Duisburg	4
1	Düsseldorf	255
1	Eltville	2
1	Erfurt	10
1	Erkrath	1
1	Essen	9
1	Frankfurt	1.294
1	Freiburg	7
1	Gießen	5
1	Göttingen	4
1	Grafenhausen-Rothaus	1
1	Hachenburg	1
1	Hagen	11
1	Halstenbeck	3
1	Hamburg	89
1	Hannover	9
1	Kaarst	1
1	Karlsruhe	4
1	Kiel	3
1	Koblenz	4
1	Köln	11
1	Korntal-Münchingen	1
1	Kronberg-Schönberg	1
1	Leipzig	12
1	Lübeck	4
1	Ludwigshafen	10
1	Magdeburg	23
1	Mainz	68
1	Meiningen	3
1	München	248
1	Münster	1
1	Neubrandenburg	3
1	Neu-Isenburg	38
1	Neuried	44
1	Neuss	3
1	Norderstedt	1
1	Nürnberg	6

1	Oberursel	30
1	Oldenburg	4
1	Osnabrück	4
1	Regensburg	3
1	Reutlingen	4
1	Rostock	3
1	Saarbrücken	2
1	Sindelfingen	1
1	Stuttgart	129
1	Ulm	3
1	Unterhaching	5
1	Villingen	5
1	Wiesbaden	4
1	Wittlich	3
1	Würzburg	10
1	Wyk	1
64	Gesamt	2.491

